

**Votum
betreffend Motion der CVP-Fraktion "Keine Schuldenberge für zukünftige Generationen – Vorsorge jetzt"**

Anrede

"Keine Schuldenberge für zukünftige Generationen – Vorsorge jetzt" ist ein verheissungsvoller Titel für die Motion der CVP-Fraktion. Die FDP-Fraktion unterstützt vorbehaltlos die damit zum Ausdruck gebrachte Intention, Schuldenberge zu vermeiden. Allerdings wollen wir es schon heute und nicht erst für zukünftige Generationen unterlassen, Schuldenberge zu produzieren.

Schuldenbremsen sind institutionelle Mechanismen, die sicherstellen sollen, dass sich Ausgaben und Einnahmen langfristig im Gleichgewicht halten. Gegenstand dieser Mechanismen sind Steuerungen des Haushaltes, genauer gesagt Steuerungen der Ausgaben. Das Ziel von Schuldenbremsen ist es nicht, die Verschuldung abzubauen, sondern diese über den Konjunkturzyklus hinweg konstant zu halten. So möchte man konjunkturelle Defizite zulassen, strukturelle jedoch vermeiden. Die Stabilisierung der Verschuldung auf einem bestimmten Niveau bewirkt langfristig zwar keine Abnahme der Verschuldung, jedoch führt eine konstante Verschuldung bei einer wachsenden Wirtschaft zu einer sinkenden Verschuldungsquote.

Die FDP kann für sich in Anspruch nehmen, in den letzten Jahren verschiedene Vorstösse nicht nur zur Vermeidung, sondern zur Reduktion von Schuldenbergen eingereicht zu haben. Sie blieben entweder vor dem Gemeinderat oder nach Überweisung an den Stadtrat bei diesem wirkungslos. Was ich damit sagen will, ist, dass wir bereits heute griffige Möglichkeiten hätten, um das unterstützungswürdige Ziel der Motion zu erreichen. Wir bestimmen das Budget, wir prüfen die Rechnung und wir nehmen diese ab. Es trifft zwar zu, dass diverse Kantone und auch der Bund unterschiedlich funktionierende Schuldenbremsen eingeführt haben; allerdings nicht nur, wie von der Motionärin gepriesen, mit beachtlichen Resultaten. Die Einführung der Schuldenbremse auf eidgenössischer Ebene im Jahr 2003 verlief nicht problemlos. Da die Einnahmenprognose für das Jahr 2003 enorm zurückgenommen werden

musste, entgegen der bisherigen Annahmen ein strukturelles Defizit bestand und die Konjunkturprognose ebenfalls einer starken Änderung unterlag, hätte eine korrekte Durchführung der Schuldenbremse einen Fehlbetrag von CHF 4,6 Mrd. ausgewiesen, welcher dann im Voranschlag für das Jahr 2004 komplett hätte beseitigt werden müssen. Aber auch im Kanton Basel Stadt zeitigt die eingeführte Schuldenbremse nicht die erhoffte Wirkung. Die Regierung musste in einer Medienmitteilung vom 6. März 2008 eingestehen, dass wegen der Ausfinanzierung der Pensionskasse der Finanzierungssaldo anstatt mit einem Überschuss von 518 Mio. Franken ein Defizit von 497 Mio. Franken abgeschlossen hat. Damit nicht genug – ab 2009 werde die Nettoverschuldung wieder ansteigen. Sie fragen sich, weshalb ich mit Zahlen vom Kanton Basel Stadt komme. Ganz einfach: Der von der Motionärin vorgeschlagene Text für die Churer Stadtverfassung entspricht – mit Ausnahme der Namen der Institutionen – exakt dem Wortlaut von § 120 der Verfassung des Kantons Basel Land, wurde also telquel abgekupfert.

Diese Beispiele zeigen auf, dass Schuldenbremsen nur eine vermeintliche Sicherheit gegen eine höhere Verschuldung bringen, weil die zu treffenden Annahmen ausserordentlich komplex sind. Zur sachgerechten Umsetzung von Schuldenbremsen müsste zumindest ein Ökonom beigezogen werden, und es blieben noch immer die nicht zu beseitigenden Unsicherheiten.

Der kleine aber wesentliche Unterschied zwischen den Kantonen und dem Bund, welche eine Schuldenbremse eingeführt haben, einerseits und der Stadt Chur andererseits ist, dass wir im Gemeinderat jeweils ein straffes Budget vorgeben können, von welchem aufgrund der bescheidenen Ausgabenkompetenzen nur sehr schwer abgewichen werden kann. Dies ist in den Kantonen und dem Bund anders. Legale Budgetabweichungen fallen dort sehr stark ins Gewicht, weswegen beispielsweise auf Bundesebene die Budgethoheit durch die Schuldenbremse eingeschränkt wird. Daraus erhellt aber, dass wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte es in der Hand haben, Schuldenberge zu vermeiden, indem wir zu üppige Vorschläge zurückweisen. Wir stehen somit in der Verantwortung, wenn wir alljährlich den Vorschlag beraten und genehmigen, wenn wir neue Gesetze mit Kostenfolgen beschliessen, wenn wir einen zu hohen Steuerfuss beibehalten und damit darauf verzichten, sanften Druck auf die Ausgabenseite auszuüben. Oder anders gesagt, für unsere Schulden haben wir und nicht eine Schuldenbremse einzustehen. Ich erinnere an den Theaterplatz,

das Eisfeld Obere Quader, das Geländer am Plessurquai, die Begegnungszone etc. Solche übermässigen Kosten liessen sich auch ohne Schuldenbremse verhindern. Die Schuldenbremse vermittelt somit eine trügerische Sicherheit, müssten nämlich nach wie vor die Mitglieder des Gemeinderats die aufgezählten finanzpolitischen Entscheide fällen.

Endlich darf auch ein rechtliches Argument angeführt werden. Eine Schuldenbremse würde sich in erster Linie an den Gemeinderat, aber auch an den Stadtrat richten. Auch wenn es sich dabei um mehr als eine politisch-pragmatische Deklaration handelt, nämlich um eine Pflicht, bleibt eine Schuldenbremse eine organisationsrechtliche Bestimmung, welche gerichtlich nicht durchgesetzt werden kann. Ihre Umsetzung beruht auf einer wechselseitigen Kontrolle zwischen Gemeinderat und Stadtrat; mehr nicht! Sanktionen bei Nichteinhaltung stehen keine zur Verfügung. Aufgrund der fehlenden Sanktionen, müssten die bereits angesprochenen institutionellen Mechanismen ergriffen werden, allen vorab eine weitere Einschränkung der Finanzkompetenz des Gemeinderats, was kaum mehr sinnvoll wäre.

Letztlich ist auch zu erwähnen, dass selbstverständlich das Volk nicht an die Schuldenbremse gebunden ist. Wenn das Volk beispielsweise das Sportstättenkonzept und damit die hohen Investitionen und Betriebskosten will, so würde der Gemeinderat wie ein Prediger in der Wüste auf die Schuldenbremse drücken, aber ohne Bremskraft.

Insgesamt erscheint der FDP-Fraktion eine Schuldenbremse für das Churer Finanzhaushaltssystem nicht geeignet zu sein. Um diese wirkungsvoll umsetzen zu können, müssten wir im Rahmen von institutionellen Mechanismen eine weitere Einschränkung unserer Finanzkompetenzen beschliessen, was angesichts der heutigen bestehenden Kompetenzen kaum sinnvoll ist, da uns damit jegliche Flexibilität abhanden kommen würde. Die FDP-Fraktion freut sich aber bereits heute, künftig bei Steuersenkungs- und Budgetkürzungsdebatten mit der Unterstützung der CVP rechnen zu dürfen. Daher fordern wir: "Keine Schuldenbremse für zukünftige Generationen – Bremsen jetzt".

Die FDP-Fraktion beantragt daher, den Antrag des Stadtrates zu unterstützen.